

## **„Die Leerstellen des Entwurfs einer zukünftigen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sind zahlreich“**

Utopien werden allerorten diskutiert. Oder sind es gar keine Utopien mehr, sondern im Sinne von Herbert Marcuse Utopiekritiken, weil die gesellschaftlichen Bedingungen so weit gediehen sind, dass die Gesellschaft in ihren Grundfesten verändert werden kann und Utopien sich deshalb schon überholt haben? Jedenfalls scheint angesichts der vielen erlebten Krisenphänomene das Bedürfnis nach besseren Zuständen gewachsen und Kapitalismuskritik offenere Ohren zu finden als noch im ausgehenden 20. Jahrhundert. In Zeiten des Bilderverbots war es verpönt, sich die zukünftige Gesellschaft auszumalen. In Zeiten, wo ein linkes bis linksradikales Bündnis wie Syriza in Griechenland vielleicht die nächsten oder übernächsten Parlamentswahlen gewinnt, wird es nötig, diese andere Gesellschaft in ihren Grundzügen zu entwerfen, auch damit aus den vielen gescheiterten Veränderungsversuchen ausnahmsweise mal aus der Geschichte gelernt werden kann. Deshalb scheint auch die Zeit der Manifeste angebrochen zu sein, einer Textform, die es erlaubt, kurz und knackig einen Weg zu zeichnen, Appelle an vermeintlich Verbündete und Handlungsanleitungen zu formulieren. Heute ist es also gut und notwendig „das Neue zu denken“. Deshalb ist das „Manifest für eine libertäre Gesellschaft“ im rechten Moment erschienen.

Wie auch ein weiteres, ein paar Jahre zurückliegendes Manifest, „Der kommende Aufstand“, erinnert die Textform an einen berühmten Vorgänger, das vor 200 Jahren erschienene „(Das) kommunistische(n) Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels, dessen Inhalt und Rezeption Maßstäbe für alle weiteren Manifeste gesetzt haben. Auch deshalb, weil es dahingehend scheiterte, dass die befreite Gesellschaft nicht erreicht wurde, die Arbeiterklasse den Klassenkampf nicht gewann und die gesellschaftlichen Klassen nicht in der freien Assoziation Aller aufhob. Dennoch hatte das kommunistische Manifest einen klaren Adressaten: die internationale Arbeiterbewegung, kein ominöses vorausgesetztes „wir“ wie das „Manifest für eine libertäre Gesellschaft“ oder die beschworenen „Aussteiger“ des angekündigten kommenden Aufstandes. Die internationale Arbeiterbewegung war zu diesem Zeitpunkt in der I. Arbeiterinternationalen organisiert, das inszenierte „wir“ wird in Stanges Text nicht näher erläutert, auch nicht die Orte bzw. Organisationen, wo es zu finden wäre. Es wird auch nicht geklärt, wer außer dem Autor der Souverän dieses „wir“ sein könnte. Aus der Lektüre drängt sich die Interpretation auf, dass es auf alle Fälle die Guten sind, die kapiert haben, wo es lang geht und sich vom Rest dadurch unterscheiden. Im Unterschied zu Marx und Engels wiederum bezieht sich das Manifest jedenfalls nicht auf eine konkrete soziale Bewegung, das ominöse „wir“ bleibt als beliebige Projektionsfläche zurück.

Die Leerstellen des Entwurfs einer zukünftigen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sind zahlreich. Ich beschränke mich auf die Nennung einiger für mich zentraler Punkte, ohne die ein politischer Text, mit dem Anspruch ein „Manifest“ zu sein, Schimäre bleibt. Diese Leerstellen sind u. a. die Genderfrage und der Feminismus. Die Familie wird mehrfach erwähnt, doch nicht in Frage gestellt. Erziehung und Pädagogik spielen allerdings eine wichtige Rolle im Manifest. Dabei bleibt es allerdings bei Appellen, das Schulsystem zu ändern und Zwänge abzuschaffen. Vor allem bleibt die Pädagogik im Manifest der vorherrschende Habitus.

Die Frage der Gewalt und des gesellschaftlichen Übergangs kommen nicht vor. Nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mit sozialrevolutionärer Gewalt und Gegengewalt bleibt zu klären, welche Rolle der Gewalt beim gesellschaftlichen Übergang eingeräumt wird. Sie zu ignorieren, kann genauso fatale Folgen haben, wie sie in den Mittelpunkt zu stellen. Der Kampf um die Macht reicht nicht aus, wie es am deutlichsten die Russischen Revolutionen gezeigt haben, doch muss jede ernstzunehmende

politische Bewegung wissen, dass sie von der Macht nie vergessen wird. Damit stellt sich die Frage nach dem Übergang zu einer anderen Gesellschaft und danach: wie halte ich es mit der Gewalt?

Obleich der Titel des Textes „Manifest für eine libertäre Gesellschaft“ lautet, nimmt die Gemeinschaft darin einen viel zentraleren Platz ein als die Gesellschaft, die in den meisten erwähnten Beispielen auf Gemeinschaften runter gebrochen wird. Ob es dabei um Stadtentwicklung, um das urbane Leben überhaupt oder das Rätssystem geht, immer wieder wird eine überschaubare kleine Gruppe als wichtiger Bezugspunkt erwähnt und gegen eine gesellschaftliche Anonymität stark gemacht. Gesellschaftliche Organisation soll in der libertären Gesellschaft über ein Rätssystem laufen. Darauf wird umständlich mehrfach verwiesen mit unbelegten Zahlenspielen zur Arbeitszeit und neuen gesellschaftlichen Einheiten, die eher im Sinne von überschaubaren Dorfgemeinschaften gehandelt werden.

Die Debatte um Gesellschaft oder Gemeinschaft ist eine zentrale Debatte linker Theorie. Die Vorstellung einer dauerhaften, das Individuum übersteigenden Gemeinschaft wurde im 19. Jahrhundert zum Sehnsuchtsbegriff einer romantischen Modernismuskritik und avancierte dabei auch zu einer verkürzten Kapitalismuskritik. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch die von Ferdinand Tönnies entwickelte Gegenüberstellung von Gesellschaft und Gemeinschaft verstehen. Während Tönnies Gemeinschaft als dauerhafte, naturwüchsige, organische und lebendige Verbindungen von Menschen definiert, grenzt er davon die Gesellschaft ab, die er als temporär, künstlich, zweckgerichtet, vertraglich und mechanisch beschreibt. Kommunitarismus ist die aktuelle Variante Gemeinschaft gegenüber einer entfremdeten Gesellschaft ins Spiel zu bringen und hat m. E. mit einer befreiten Gesellschaft wenig zu tun.

Geschichte ist für eine materialistische Gesellschaftstheorie unentbehrlich, kommt aber im „Manifest für eine libertäre Gesellschaft“ nicht vor. Erwähnte historische Ereignisse und Prozesse, die als wichtig erachtet werden wie die Pariser Kommune und der spanische Bürgerkrieg, werden als „Projekte“ bezeichnet.

Obleich im Sinne der Textform kurz gehalten, ist das „Manifest für eine libertäre Gesellschaft“ nicht nur im Vergleich zum kommunistischen Manifest unsystematisch und begrifflich durchgehend unscharf. Es ist wahrscheinlich die begriffliche Unschärfe, die moralisierende Argumente benötigt, wie z. B. die Bezeichnung aktueller Politiker als Zyniker, die von Karl Marx viel präziser „Charaktermasken“ genannt wurden. Wie das vorausgesetzte „wir“ so transportiert der Text eine selten konkret werdende Kritik an anderen linken Organisationen bzw. Bewegungen wie z. B. an der „traditionellen Linken“ oder der „Ökologiebewegung“. Wer das heute sein soll, ist oft Definitionssache und hängt wie manches andere vom Betrachter ab, in diesem Fall wahrscheinlich vom ominösen „wir“. Dem Marxismus z. B. wird vorgeworfen, dass Marx nur an die Befreiung einer einzigen Klasse gedacht habe. Bereits im kommunistischen Manifest und an vielen anderen Stellen steht geschrieben, dass die Arbeiterbewegung mit der Befreiung nur beginne und damit die universale Befreiung der ganzen Menschheit einleite und alle Klassen abschaffen werde. Dann wird der Kampf um Lohnerhöhungen als „traurig“ und unzureichend bezeichnet. Letzteres vielleicht, es kommt auf das Ziel an, aber in Zeiten, in denen es seit zehn Jahren keine Reallohnzuwächse mehr gegeben hat, ist ein Kampf für Lohnerhöhung nicht nur berechtigt, sondern kann wie alle Erfahrungen mit sozialen Auseinandersetzungen eine Dynamik entwickeln, die weit über die ökonomische Forderung hinausgeht. Überhaupt wird mir der ‚Reformismusvorwurf‘ etwas zu arrogant verwandt. In einem ähnlichen Tenor wie gegenüber den „traurigen“ Lohnkämpfen werden auch Genossenschaften als Teil des Systems und nicht als lebensverbessernd betrachtet. In Zeiten der Gentrifizierung der meisten europäischen Großstädte kann genossenschaftliches Wohnen sehr wohl die Wohn- und damit auch die

Lebenssituation von Menschen verbessern. Meines Wissens haben Genossenschaften auch nie den Anspruch vor sich her getragen, systemsprengend zu agieren.

Es wird mehrfach festgestellt, dass dem Kapitalismus die Legitimation fehle, was nicht bedeuten muss, dass er in einer strukturellen Krise steckt. Der Autor legt dies aber nahe, ohne jegliches empirisches Beweismaterial. Auch erfolgt m. E. eine falsche Trennung von Industrie- und Finanzkapital. Diese Trennung führte schon häufig zu einer verkürzten Kapitalismuskritik, in ihrer berühmtesten Variante von Dimitroff und der III. Internationale, dann von den meisten K-Gruppen bzw. den antiimperialistischen Gruppen. Ganz im Gegenteil ermöglichte das Finanzkapital es dem Gesamtkapital weiterhin Profite zu machen und die Krise damit hinauszuzögern (vgl. z. B. eine Reihe von klugen Aufsätzen von Christian Zeller, aber auch anderen). Dann wird im Krisenzusammenhang der Begriff der „Konsumkrise“ erwähnt, ohne ihn zu erläutern. Was ist damit gemeint? Eine Überakkumulationskrise oder eine bewusste Verweigerung kritischer Konsument/innen, keine ‚schlechten‘ Produkte für ‚falsche Bedürfnisse‘ mehr erwerben zu wollen?

Die im Manifest umgangene Gewaltfrage scheint sich zu erübrigen, wenn das in einer Legitimationskrise steckende Kapital einfach nur „neutralisiert“ zu werden braucht. Der Autor schlägt vor: durch Stiftungen und Vereine. Wodurch und wieso sind Stiftungen und Vereine systemsprengender bzw. antikapitalistischer als Genossenschaften? Die Erläuterung, wie sie das werden könnten, oder ob sie das ihrem Wesen nach schon sind, bleibt der Autor schuldig. Auch wird die Selbstverwaltung nicht angestrebt, sondern Betriebe sollen „gesellschaftliche Einrichtungen“ werden. Die Differenz zwischen beiden bleibt offen, gemeint ist wahrscheinlich nicht eine Verstaatlichung des Betriebes, denn bei aller mangelnden Präzision macht sich Stange nicht der Sympathie für den Staatssozialismus verdächtig. Ganz im Gegenteil wird der Zusammenbruch der DDR als positives Beispiel für den legitimationsschwachen Kapitalismus herangezogen und dabei wohl vergessen, dass die Auflösung der DDR keine emanzipatorische war.

Stange behauptet, dass immer mehr junge Leute Lohnarbeit schlechthin ablehnen würden, dabei bezieht er sich positiv auf das Vorgängermanifest „Der kommende Aufstand“. Eine derart steile Behauptung bedarf der Belege. Denn es könnte auch sein, dass - wie z. B. in Spanien und Griechenland - vor allem die jungen Leute gar keine Jobs mehr bekommen. Das Manifest kritisiert mehrfach und - wie ich finde - zum Teil unberechtigt, den Reformismus verschiedener Bewegungen. Um so erstaunlicher ist dann, dass das soziale Jahr als Alternative zur Lohnarbeit den jugendlichen ‚Arbeitsverweigerern‘ nahegelegt wird. Diese Empfehlung weist auf eine andere Leerstelle des Manifests hin: den Postkolonialismus. Zum sozialen Jahr sei die Kritik daran in der Jugendzeitschrift „Straße aus Zucker“ empfohlen. Überhaupt stört mich stilistisch der pädagogische Zeigefinger, der populistisch Lehrer\_innen sanktionieren will, aber der Ehrenamtsideologie der Bundesregierung aufsitzt, der ein „anständiges Leben“ ohne die demokratische Errungenschaft der Schulpflicht einfordert, aber die Städte wieder zu Dörfern machen möchte. Dem Fass den Boden schlagen aber die auch noch für die befreite Gesellschaft vorgeschlagenen Work-Shops zur Persönlichkeitsentwicklung aus.

Auch wenn der Zeitpunkt der richtige sein mag für Manifeste, fehlt es dem „Manifest für eine libertäre Gesellschaft“ an Ideen und Bezügen, die für eine befreite Gesellschaft unentbehrlich sind. Durch Gruppentherapie und Pädagogik sind sie nicht zu haben, sondern nur durch politische Auseinandersetzungen. Denn genau darin entwickeln sich kritische Persönlichkeiten. Möge das Manifest diese anregen.

ELFRIEDE MÜLLER